

An die Oberbürgermeisterin
Frau Henriette Reker

An den Ausschussvorsitzenden
Herrn Dr. Ralf Unna

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

Postanschrift:

Postfach 103564 · 50475 Köln

Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841

E-mail: DieLinke@stadt-koeln.de

Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 18.05.2021

AN/1068/2021

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Gesundheitsausschuss	08.06.2021

Psychosoziale Betreuung des Kölner Klinik- und Altenpflegepersonals

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Ausschussvorsitzender,

die Fraktion DIE LINKE bittet Sie, folgende Anfrage auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Gesundheitsausschusses.

Nicht nur die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) oder die Deutsche Gesellschaft für Palliativmedizin stellen fest, dass die Coronapandemie das Klinikpersonal vor besondere psychische Herausforderungen stellt. In einer „Empfehlungen zur Unterstützung von belasteten, schwerstkranken, sterbenden und trauernden Menschen in der Corona-Pandemie aus palliativmedizinischer Perspektive“ kommen die beteiligten Organisationen zu dem Schluss: „Psychosoziale Unterstützung und Hilfestellung soll an den jeweiligen Bedürfnissen der Mitarbeiter*innen der jeweiligen Einrichtungen orientiert sein und für akut Belastete verlässlich verfügbar sein.“ Ähnliche Belastungen ergeben sich für die Beschäftigten in der Altenpflege.

Dazu hat die Fraktion DIE LINKE folgende Fragen:

1. Sieht die Stadtverwaltung die Notwendigkeit, dem medizinischen und Altenpflege-Personal in Einrichtungen gerade in der Coronakrise psychosoziale Betreuung zur Verfügung zu stellen, um Ausfälle und Langzeitfolgen zu verhindern?
2. Die Städt. Kliniken bieten für ihre Mitarbeiter*innen die Möglichkeit von Supervision an, ganz im Sinne der oben genannten Empfehlungen. Andere Kliniken in Köln tun das nicht. Sieht die Stadtverwaltung hier Möglichkeiten, krankenhaushübergreifend Supervision anzubieten?

3. Kann die Stadt hier anregen, eigene Beratungsmöglichkeiten für Mitarbeitende z. B. bei den Kliniken oder der Feuerwehr kostenpflichtig auch anderen Häusern zur Verfügung zu stellen?
4. Können diese Angebote der Supervision für Dritte geöffnet werden?
5. Welche Möglichkeiten der Finanzierung sieht die Stadtverwaltung, um selbst stadtweit Supervision für medizinisches und Altenpflege-Personal anzubieten?

Mit freundlichen Grüßen

Gez.
Michael Weisenstein
Fraktionsgeschäftsführer